

Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
2,70 DM einschließlich Zustellgebühren
Vollbezug: 2,90 DM zuzügl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis 0,15 DM
Ankl. Bekanntmachungen . . . 0,10 DM
Stellengeluche 0,10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 11

Halver, Freitag, den 13. Januar

1950

Über 1,5 Millionen Arbeitslose

Die Bundesregierung erwartet im Frühjahr wesentliche Entlastung

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 12. Januar.

1 558 000 Arbeitslose gab es am 31. Dezember 1949 im Bundesgebiet. Wie Bundesminister Storch am Donnerstag vor der Presse erklärte, ist damit die Zahl der Arbeitslosen im Jahre 1949 um 174 000 angestiegen. So bedauerlich die Tatsache an sich auch sei, so bestehe doch kein Grund zu einer besonderen Beunruhigung. Von einer „Krise“ könne schon gar nicht gesprochen werden. Im Gegenteil sei mit dem Inkraftkommen des

großen Wohnungsbauprogramms im Frühjahr mit einem Absinken der Arbeitslosenziffer um mindestens 3 bis 400 000 zu rechnen, wenn man die dadurch bedingte erhöhte Produktionsintensität in den Nebenindustrien, wie z. B. der Holz- und Möbelindustrie, berücksichtige. Die Bauindustrie allein würde sehr erhebliche Neueinstellungen vornehmen müssen und es werde sich als notwendig erweisen, andere brachliegende Arbeitskräfte in sehr erheblichem Umfang bauhandwerklich umzuschulen. Auch für Januar und Februar sei nicht mehr mit einem merklichen Ansteigen der Arbeitslosenziffer zu rechnen, wenn nicht die Bauwirtschaft durch eintretenden starken Frost zum Erliegen käme.

Man müsse auch in betracht ziehen, daß 1949 über 250 000 Heimkehrer und 320 000 Grenzgänger aus der Ostzone in die Bundesrepublik gekommen seien. Die Beschäftigtenzahl in der Bundesrepublik betrug am 31. 12. 1949 rund 13 1/2 Millionen und ist damit gegen Ende 1947 um 595 000 Personen angestiegen. Hierin spiegeln sich schon der erhebliche Aufschwung unserer Wirtschaft. In einigen Bundesländern allerdings, vorwiegend Bayern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen, also den überwiegenden Agrarländern, weise die Beschäftigtenzahl eine rückläufige Tendenz auf, da gerade in diesen Ländern der Zustrom von Flücht-

lingen am stärksten sei. Aus der Landwirtschaft stammten über 270 000 Arbeitslose. Auch die Militärregierungen hätten im vergangenen Jahr ihr Personal stark abgebaut, so daß über 100 000 ehemalige Angestellte der alliierten Dienststellen jetzt arbeitslos seien.

Die Bundesregierung versuche, die Hohen Kommissare dazu zu bewegen, eine Steigerung der deutschen industriellen Betätigung auf verschiedenen Gebieten zuzulassen, um das Arbeitslosenproblem zu lösen, denn ohne

Intensivierung unserer Industrieproduktion

und ohne ein Wiederaufsetzen der stillgelegten Werke sei hieran nicht zu denken. Bundes-

kanzler Dr. Adenauer verhandelte erneut mit den Hohen Kommissaren wegen der Wiederinbetriebnahme der beiden Fischer-Tropsch-Betriebe, in denen 1500 Menschen Arbeit finden könnten. Auch für Watenstedt-Salzgitter habe die Regierung einen neuen Plan ausgearbeitet, der im wesentlichen bezwecke, durch die Freigabe von vier Hochöfen und der Gießerei die Erzeugung von Grauguß aufnehmen zu können. Dadurch könnten wenigstens 10 000 Arbeiter wieder ihr Auskommen finden. Das Schicksal dieser seit 1933 wie ein Pilz aus dem Boden geschossenen Stadt von heute 134 000 Einwohnern sei so traurig, daß man nichts unversucht lassen dürfte, ihr Hilfe zu bringen.

Lekter Akt des China-Dramas beginnt

Kommunistische Invasion auf Hainan

dmt. Hongkong, 13. Januar.

Die seit einigen Tagen erwartete Invasion der kommunistischen Truppen auf der Insel Hainan, die neben Formosa die letzte Inselbastion Tschiangkaische ist, hat am Freitag früh an der Südwestküste der Insel begonnen. Verbände der kommunistischen Truppen sind dort gelandet, nachdem der Stützpunkt Jing-Ko bereits Anfang dieser Woche von gemeinsam mit den kommunistischen Truppen operierenden Partisanen besetzt worden war.

Der Appetit wächst mit dem Essen

dmt. Peking, 12. Januar

Wie der kommunistische Sender Peking bekannt gab, befinden sich jetzt alle Teile des

chinesischen Festlandes „mit Ausnahme Tibets“, unter kommunistischer Herrschaft. Der Sender fügte hinzu, es sei nun die Aufgabe des kommunistischen China, auch Tibet und die noch der Nationalregierung unterstehenden Insel Formosa und Hainan zu befreien.

Dr. Tsiang will verzichten

dmt. New York, 12. Januar

Der turnusmäßige Vorsitzende im Sicherheitsrat, der nationalchinesische Vertreter Dr. Tsiang, soll sich bereit erklärt haben, auf den Vorsitz zu verzichten, damit die Rückkehr der sowjetischen Vertreter erleichtert würde.

Sowjetische Annexionswünsche

dmt. Washington, 13. Januar.

Nach einer Erklärung von Außenminister Acheson versuche die Sowjetunion, China vier nördliche Provinzen abzutrennen und der Sowjetunion einzugliedern. Acheson warnte, die fernöstliche Entwicklung nur im militärischen Licht zu sehen. Es gäbe dort auch andere Probleme, die man nicht militärisch lösen könne. Sehr geheimnisvoll meinte er, daß innere Unsturzbestrebungen und Infiltration bedeutungsvoll seien und von Militär nicht verhindert werden könnten.

Britisches U-Boot in der Themse gesunken

dmt. London, 13. Januar.

Ein britisches U-Boot ist nach einem Zusammenstoß mit einem schwedischen Tanker in der Themse-Mündung gesunken. Im Augenblick des Zusammenstoßes war das Turm- und Schnorchelboot geschlossen. Fünf Mann, unter ihnen der Kommandant, wurden gerettet. Die fieberhaften Versuche zur Rettung der übrigen Besatzung werden durch dichten Nebel behindert.

Die ganze Freitagnacht über währten die Rettungsarbeiten an dem Donnerstag abend gesunkenen U-Boot „Truculent“, das nicht wie ursprünglich gemeldet 60, sondern 76 Mann Besatzung hatte. Am Freitagmorgen bestand über das Schicksal von 61 Besatzungsmitgliedern noch Ungewißheit, während zehn Mann lebend geborgen werden konnten und fünf, darunter der Kommandant des Bootes, bereits kurz nach dem Unglück von einem holländischen Dampfer aufgenommen worden waren.

„Kalte Russifizierung“ der Ostzone

Bundesminister Storch warnt vor den Gefahren der Entvölkerung

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 12. Januar

„Eine Auswanderung großer Stills ist für uns noch nicht akut“, sagte Bundesarbeitsminister Storch auf der Bundespressekonferenz. Zwar streben Hunderttausende nach draußen, aber es wird der Zeitpunkt kommen, wo uns gerade diese Menschen fehlen würden. Der Minister warnte vor der Gefahr der allmählichen Entvölkerung der Ostzone, die in einigen Gebieten geradezu systematisch betrieben werde. In den Leuna-Werken seien beispielsweise heute schon 5000 Russen beschäftigt, die mit ihrer Familien dort lebten und die Deutschen verdrängt hätten. „Was soll aber werden, wenn weite deutsche Gebiete in der Ostzone kaum noch Menschen kennen?“ fragte Storch. Eine „kalte Russifizierung“ bedeute für uns eine Gefahr, da die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie schon fast völlig polonisiert worden seien. „Wir haben genügend Arbeitsmöglichkeiten für alle Deutschen, wenn erst die schlimmsten Folgeerscheinungen des Krieges überwunden sein werden.“

Bezeichnung „Ostzone“ verboten

dmt. Halle 12. Januar.

Die Bezeichnung „Ostzone“ oder „Sowjetische Besatzungszone“ gefällt den zuständigen Stellen des Landes Sachsen-Anhalt nicht mehr. Sie haben deshalb den Behörden des Landes die Verwendung dieser Bezeichnung verboten. Es darf nur noch heißen: „Deutsche Demokratische Republik“. Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland darf nur noch die Bezeichnung: „Separatistenregierung“ verwandt werden.

Strammere Haltung der SED

Von unserem Korrespondenten

gm. Berlin, 12. Januar.

Lange genug hat die Propaganda getrommelt. Die Volkskongressbewegung ist in „Nationale Front“ umbenannt worden. Ein Aktionsprogramm zur Wiederherstellung der Einheit Berlins wurde verkündet. Anscheinend hat der Rüssel für Ulbricht, den er in Moskau anlässlich des Geburtstagsbesuches von Stalin erhielt, eine außerordentliche Lebendigkeit der Berliner Einheitspartei hervorgerufen. Ein Zehn-Punkte-Programm zur Wiedervereinigung Berlins soll nach Äußerungen maßgeblicher SED-Kreise erreichen, daß die Anhänger der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Gewerkschaftsorganisation (UGO) von ihren führenden Persönlichkeiten getrennt werden. Man will es dadurch erreichen, daß man in den Kreisen, in denen die materiellen Sorgen am größten sind, das Interesse an der Politik aber am kleinsten,

Aktionsgruppen entstehen, die zum Beispiel für die Westberliner Industrie zur Verminderung der Erwerbslosenziffern die Annahme von Arbeitsaufträgen aus Ostdeutschland fordern sollen. Nichtorganisierte Gruppen der Arbeiter sollen sich mit der UGO verbinden, die diese Forderung eventuell mit Streiks durchsetzen soll. Sogar freie demokratische Wahlen in ganz Berlin zur Wiederherstellung der Währungseinheit stehen auf dem Programm. Das sind Forderungen, die jeden Berliner ansprechen würden, wenn hinter ihnen nicht eine Partei und eine Besatzungsmacht ständen, denen die Berliner ein wahrhaft grandioses Mißtrauen entgegenbringen.

Die SED scheint aber zur Erreichung dieses Zieles nicht so sehr „auf Vorderrmann“ zu stehen, wie es die Parteiführer erwarten. Darum forderte der SED-Parteivorstand einen verschärften Kampf gegen „parteischädigende und zersetzende Elemente, Agenten und Karrieremacher“. Der Kampf gegen noch auftretende antisowjetische Stimmen sei ungenügend, die ideologische Sorglosigkeit wird kritisiert und die Parteierziehungsarbeit wird als schlapp bezeichnet. Eine „strammere Haltung“ scheint notwendig zu sein, damit das Aktionsprogramm so durchgeführt wird, als ob seine Ausführung „spontan aus dem Herzen des Volkes“ erfolge.

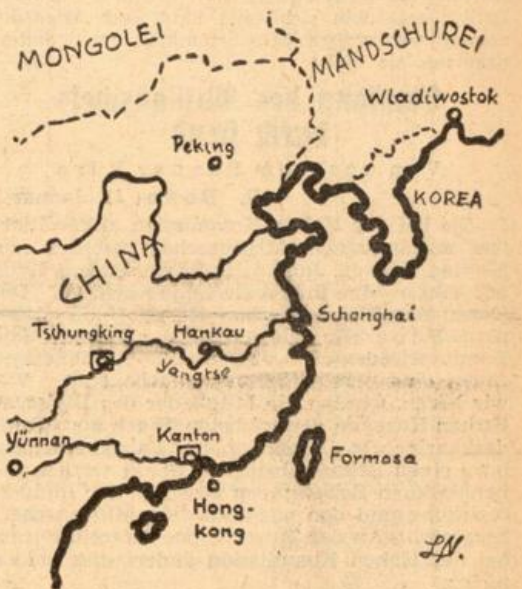
Salami und Paprika für Maschinen

Kaum ist der Korruptionsskandal um die österreichischen Marshallplan-Einkäufer in den Vereinigten Staaten abgeklungen, finden die amerikanischen ECA-Vertreter in der Donaumetropole schon wieder ein Haar in der österreichischen Nachkriegssuppe. Oder besser gesagt, sie fanden Würste in den Auslagen der Wiener Delikatessenshops, die ihrer Meinung nach gar nicht dort sein dürften. Es handelt sich nicht um Würste aus Schwarzschnitzungen, sie würden die amerikanischen Marshallplan-Bauftragten kaum interessieren, sondern um Salamis. Die Spur dieser Salamis wurde verfolgt und sie führte — wie erwartet — hinter den Eisernen Vorhang, der ja bekanntlich an der österreichisch-ungarischen Grenze besonders dicht ist, mit Stacheldrahtzäunen, Niemandsland und Minenfeldern.

Auch ein anderer Verdacht, der den amerikanischen Investigatoren sofort kam, wurde bestätigt. Bei den Salamis in den Wiener Delikatessenshops handelte es sich weder um eine Liebesgabenendung der ungarischen Volksdemokratie für Propagandazwecke der österreichischen kommunistischen Partei, noch um eine Demonstration alter K. u. K.-Verbundenheit. Die Ungarn hatten sich ihre Salami — und schreck-

licher noch — Paprika, ohne den ein Großteil der Wiener zum Erstaunen der Amerikaner nicht auskommt, mit Spezialstahl, Werkzeugmaschinen und Kugellagern bezahlen lassen. Alles in allem wurde ein Geschäft im Werte von einer Million amerikanischen Dollars getätigt. Ganz nebenbei erfährt man dann in der amerikanischen Botschaft auch, daß nicht nur Salami und Paprika für diese österreichische Lieferung aus Ungarn kamen, sondern auch Vieh, Zucker, Geflügel, Honig, Käse und Linsen.

Aber das tut wenig zur Sache. Die Kreditanstalt, eine Bank unter der Kontrolle der österreichischen Volkspartei, hat das Geschäft finanziert, ohne daß die ECA-Bauftragten informiert wurden. Österreich verwendet einen großen Teil seiner aus dem europäischen Hilfsprogramm erhaltenen Zuwendungen zur Deckung seines Lebensmittel-Defizits. Es könnte nach Ansicht der amerikanischen Beamten Ausfuhrgegenstände, wie sie nach Ungarn geliefert wurden, besser für den Einkauf lebenswichtiger Nahrungsmittel verwenden. Linsen, Käse, Geflügel und Vieh zählen anscheinend nicht als solche. Denn Salami und Paprika geben bessere Schlagzeilen in der New Yorker Presse.



Die Insel Hainan liegt westlich Hongkong

Deutschland-Konferenz im März

Frage der Beendigung des Kriegszustandes wurde juristisch geprüft

dmt. London, 12. Januar

Auf der Pariser Konferenz der West-Außenminister war von den Alliierten beschlossen worden, die Frage einer Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland durch die juristischen Sachverständigen prüfen zu lassen. Inzwischen ist dies geschehen, so daß die Westalliierten jetzt glauben, in weitere Beratungen über dieses mit juristischen Schwierigkeiten verbundene Problem eintreten zu können. Im März werden daher die Rechtssachverständigen der sechs westlichen Alliierten Nationen, das heißt der USA, Frankreichs, Großbritanniens und der Benelux-Staaten, zu einer Konferenz zusammentreten, um über die Möglichkeiten zur

Beendigung des Kriegszustandes mit der deutschen Bundesrepublik zu beraten.

Schuman kommt heute

dmt. Hamburg, 12. Januar.

Der fließend deutschsprechende französische Außenminister Schuman, der an deutschen Universitäten studierte, trifft am Freitag zu dem Besuch der Bundesrepublik ein. Er wird sich mit Dr. Adenauer voraussichtlich auch unter vier Augen unterhalten. Am Sonnabend besucht er den Bundespräsidenten. Der 63jährige Außenminister, dessen Rezept „Sicherheit für europäische Gemeinschaft“ ist, wird bekanntlich außer Bonn auch Mainz und Berlin besuchen.

Finnische Regierung erhielt Vertrauen

dmt. Stockholm, 12. Januar.

In den frühen Morgenstunden des Donnerstag konnte die finnische Regierung Fagerholm im Parlament einen Abstimmungserfolg verbuchen. Bei der Abstimmung über die von der Regierung geforderte 7,5-prozent. Lohnerhöhung erhielt sie nach 14-stündiger Debatte 97 Stimmen gegen 90, die für den Mißtrauensantrag der Agrarpartei abgegeben wurden. Damit ist das sozialdemokratische Minderheiten-Kabinett Fagerholm, das sich vor einer außenpolitischen schwierigen Situation sieht, da die Sowjetunion bekanntlich zur Zeit eine scharfe Sprache gegen Finnland wegen der angeblichen Zurückhaltung von Kriegsverbrechern führt, innenpolitisch gestärkt aus der Parlamentsdebatte hervorgegangen.

Churchill wieder in England

dp. Southampton, 12. Januar.

Winston Churchill traf am Donnerstag nachmittag auf dem Luftwege wieder in Großbritannien ein. Er brach nach der Bekanntgabe des Termins für die britischen Parlamentswahlen seinen Urlaub auf Madeira ab, um die Führung im Wahlkampf der Konservativen Partei zu übernehmen.

Die Seite der Heimat

Halver, 13. Januar 1950

Täglich ein Sonnenstrahl

Die Nächte haben ihre Zeit gehabt. Vor kurzem war es noch, als wollten sie mit einer schwarzen Klammer die Erde umschließen. Ihr Dunkel wich am Morgen beinahe widerwillig einer schleichenden Dämmerung. Nur für Stunden leuchtete der Tag sich auf. Dann schlich das Grau zäh wie Brotteig erneut über uns hin.

Nun aber spüren wir es am Morgen, wenn wir zur Arbeit gehen, die Milch holen oder die Zeitung bekommen, daß der Tag sich reckt wie ein Tier nach dem Winterschlaf. Die Sonne hebt sich um Minuten eher über dem blätterlosen Wald, so als räume sie ihre Säumigkeit. Sie legt täglich einen Sonnenstrahl hinzu, bis es ein Lichtbündel wird, das der Nacht den Garaus machen kann. Und abends verhält sie noch eine Weile über den Feldern, tastet die Wolkenränder ab, reibt sich am Nebel und wärmt ein paar vergessene Pflanzen.

Wir verzeichnen den längeren Tag so freudig wie eine gelungene Tat. Beim ersten morgendlichen Aufschauen hinter den geräfften Gardinen hinweg stellen wir mit Genugtuung fest: Jetzt ist der Kirchturm zu sehen. Gestern war es erst das rote Haus davor. Morgen werden wir die Konturen erkennen können, den Glockenspalt und das Bogenfenster.

Philosophen haben viel über die Nacht zu sagen gewußt. Uns machte das Dunkel traurig und bedrückte, die aufspringende Helle des Tages aber froh und wagemutig. Denn der Tag sieht uns auf der Höhe unseres Werkes. Und außerdem ist es immer besser, die Welt bei Licht zu betrachten.

U. G.

Halver

Kraftfahrer protestieren gegen Treibstoffpreiserhöhung

Mit großen Transparenten und Plakaten „Wir protestieren gegen die Demontage des Kraftverkehrs durch die Treibstoff-Preiserhöhung der Bundesregierung“ und „Alles wird teurer durch die Treibstoff-Preiserhöhung der Bundesregierung“ fuhr am Mittwoch zahlreiche Lastkraftwagen, Autobusse und Personenwagen durch den Regierungsbezirk Arnsberg. Fernlastfahrer, Spediteure und Privatbesitzer protestieren damit gegen die Treibstoffpreiserhöhung. Der Vorsitzende ihrer Berufsfachgruppe legt zurzeit in Bonn genaue Kalkulationen über die Auswirkungen dieser Preiserhöhungen vor.

Ehre dem Alter

Am heutigen Freitag kann die Ehefrau Wilhelm Ennepfer, Lina geb. Schürfeld zu Hagedorn, Gemeinde Halver ihren 84. Geburtstag begehen. Wir gratulieren!

Der Film der Woche

Die Lichtspiele Karlshöhe bringen zum Wochenende einen großen Kriminalfilm, der in allen Städten, in denen er gezeigt wurde, größtes Aufsehen erregte. Nach dem bekannten Roman „The Dark Eyes of London“ von Edgar Wallace ist dieser Film gedreht worden. Themse-Mündung im spärlichen Schein der Laternen, finstere Gassen im Elendsviertel von London, Scotland Yard auf Verbrecherjagd, das Büro eines betrügerischen Versicherungsagenten und die düstere Atmosphäre eines Blindenheims — das sind einige Schauplätze des spannenden Kriminalfilms „Der Würger“, ein echter Edgar-Wallace-Film.

Brügge

× Eine Weichenstörung im Bahnhof Brügge war Veranlassung dafür, daß am gestrigen Donnerstagabend der planmäßige „Ruhr-Schnellverkehr“ 19,27 in Brügge zunächst einmal umgesetzt werden und darum mit Verspätung weiterfahren mußte.

Im Hagener Bahnhof stieß der Güterzug nach Brügge mit einer Rangierabteilung zusammen. Die Lok des Güterzuges wurde erheblich beschädigt, zwei Mann des Begleitpersonals aus Brügge mußten dem Krankenhaus zugeführt werden, der eine konnte aber bereits wieder entlassen werden. Der Güterzug mußte mit Hagener Personal und einer Maschine des Bahnhofs Hagen nach Brügge gefahren werden.

Ein Paar Strümpfe

Es soll beileibe nicht behauptet werden, daß sich diese Geschichte in oder bei Halver zutrug, nämlich. Wir wollen auch keineswegs unterstellen, daß sich das Histörchen überhaupt im biedereren Sauerland ereignete, bewahre. Nein, wir erzählen die Sache, weil sie so nachdenklich stimmt in vielerlei Hinsicht, und weil sie wirklich wert ist, auch in unserem Revier vorgetragen zu werden. Also: Im Jahre 1947, als man für eine Zigarette schätzungsweise 8 Reichsmark bezahlte und ein Liter schwarze (bzw. weiße) Milch nur gegen Abgabe eines flicken- und fleckenlosen Nachthemdes erwerben konnte, in jenen vorsintflutlichen Zeiten bat irgendwo eine hilflose Flüchtlingsfrau im gesegneten und kuhwarmen Hause eines Landwirts um ein halbes Pfündchen Butter fürs kranke Kind. Nun, man gab die Butter, ersuchte gleichzeitig aber die Käuferin, sie möge doch als praktische Gegenleistung ein Paar weiße Socken stricken. Die Frau ging heim. In Ermangelung von nicht zu bekommendem Strickgarn riefte sie einen Teil ihrer weißen Tischdecke auf und strickte mit dem gewonnenen Faden in zwei Nächten die schuldigen Strümpfe. Nach vierzehn Tagen brauchte sie für das nur langsam genesende Kind abermals Butter. Und abermals mußte sie wunschgemäß für ein Paar Strümpfe sorgen, wozu sie wiederum das Tischuch weiter aufriffelte, bis der Faden reichte. — Kurzum: Fünf Paar schöner, warmer, weißer Strümpfe strickte die Fleißige, und fünfmal erhielt sie ihre Butter;

Pflege der heimischen Mundart

Neben Volkskunst, Bau- und Siedlungsweise, Tracht und Brauch, ist die Mundart die wichtigste geistige Äußerung bodenständigen Volkstums. Mundart ist nicht, wie früher vielfach angenommen wurde, eine verdorbene Schriftprobe, sondern im Gegenteil: Mundart ist die eigentlich gewachsene, bodenständige Sprachform, die als Glied einer Entwicklungskette noch unmittelbar zusammenhängt mit den älteren germanischen Sprachstufen, der gegenüber aber die Schriftsprache zum guten Teil eine erstarrte Kunstform darstellt.

Von besonderer Bedeutung ist die Mundart als Ausdruck der Bewohner der dörflichen Gemeinschaft. Mundart und Hochsprache haben hier ihre Aufgabe nebeneinander. Wie die deutsche Gemeinsprache das gesamte deutsche Volkstum miteinander bindet, so tut das im kleinen wieder die gemeinsame Mundart. Damit soll natürlich die Bedeutung der Hoch- und Einheitssprache keineswegs unterschätzt werden. Ebenso selbstverständlich ist es, daß die kleinen Gemeinschaften der Dörfer nicht die große Volksgemeinschaft stören sollen, im Gegenteil:

gerade der, der noch nicht vereinzelt ist, sondern noch in einer dörflichen oder klein-städtischen Gemeinschaft lebt, wird sich auch am ersten der großen Gemeinschaft einfügen, der die kleinen als Diener in ihrer Mannigfaltigkeit dienen.

Mit der Mundart wird die dörfliche Gemeinschaft erhalten und gestaltet durch die sogenannten Volksdichtungen, d. h. Lieder, Sagen, Schwänke, soweit sie wirklich lebendiges, weitergegebenes und gehörtes Erzählgut sind. Außerdem wären noch die Namen zu nennen, vor allem die Orts- und Flurnamen, die ein bedeutungsvolles Stück dörflich, bodenständiger Ueberlieferung enthalten und in geschichtlicher und volkskundlicher Hinsicht wertvolle Aufschlüsse geben können. Diese Gebiete, Mundart mit ihrem bäuerlichen Erzählgut, wie Orts- und Flurnamenforschung, stellen der Heimatpflege reiche Aufgaben. Es ist im besonderen eine Angelegenheit der Lehrer und Erzieher, durch eigene genaue Kenntnis und Beschäftigung Sinn und Verständnis für die Eigenart dieses Volksgutes zu wecken und es in seiner Bedeutung für die Gemeinschaft zu erhalten.

Tanzböden nicht für Minderjährige!

Kontrollen und Razzien der Polizei überführten viele Sünder

Zahlreichen Jugendlichen verging am letzten Wochenende doch die Lust zum Tanzen, als plötzlich Polizeibeamte erschienen und ihre Personalien kontrollierten. Es stellte sich nur zu häufig heraus, daß manches Mädel und mancher junge Mann nicht einmal das 16. Lebensjahr erreicht hatten und gemäß der „Polizeiverordnung zum Schutze der Jugend“ nicht auf den Tanzböden gehörten. Seit längerer Zeit hatten die Beamten der hiesigen Polizeistation festgestellt, daß die Unsitte Minderjähriger, sich auf Tanzböden und Schankstättchen zu amüsieren, immer mehr einriß. Kontrollen und Razzien zeigten nun, wie notwendig es ist, nachdrücklich auf die bestehenden Bestimmungen hinzuweisen.

Die oben erwähnte Verordnung vom 10. 6. 1943 will die minderjährigen Jugendlichen nur gegen verderbliche Einflüsse schützen. Sie schreibt unter anderem vor, daß Minderjährige unter 18 Jahren sich in der Dunkelheit nicht herumtreiben dürfen, daß sie sich bis zum Alter von 16 Jahren nicht allein in Gaststätten aufhalten dürfen. Bis zum 21. Lebensjahr stehen ihnen solche Lokale nur bis 21 Uhr offen. Für den Besuch von Kinos, Varietés usw. gibt es ebenfalls Vorschriften, die aber im allgemeinen schon von den Kinobesitzern sorgfältig beachtet werden. Öffentliche Tanzlustbarkeiten sind für Jugendliche unter 16 Jahren überhaupt verboten. Jungen und Mädel zwischen 16 und 18 dürfen solche Veranstaltungen in Begleitung Erziehungsberechtigter bis 23 Uhr besuchen.

Einmal keine Fahrerflucht. Ein Brügger Handwerker, welcher sich mit seinem Handwagen auf dem Wege nach Brügge befand und auf der rechten Seite der Lösenbacher Straße fuhr, wurde von einem Personenkraftwagen angefahren, ohne Schaden zu erleiden. Der Fahrer, der seine Schuld einsah, händigte dem erstaunten Handwerker 20.— DM aus und entschuldigte sich höflichst.

Tura Brügge tagte

Der Vorstand des „Tura“ Brügge hielt im Hotel Paßmann seine allmonatliche Sitzung ab. Neben der Tagesordnung für die Jahreshauptversammlung wurde das Winterfest, welches nach langjähriger Pause, bedingt durch Kriegs- und Nachkriegszeit erstmalig wieder am 11. März stattfindet, eingehend besprochen. Dank unermüdlicher Arbeit werden alle Abteilungen des Vereins wieder ihr Können zeigen und den Mitgliedern, Freunden und Gönnern einige angenehme Stunden bieten.

Schaltsmühle

Dahlebrück

Ortsvertreterversammlung der Ostvertriebenen

Am 7. 1. hielt die Kreisvereinigung Altena im Landesverband der Ostvertriebenen eine Ortsvertreterversammlung ab. Auf der Tages-

ordnung stand u. a. der Einspruch des Herrn Dr. Schröder-Altena gegen seinen vom Kreisvorstand am 6. 12. 1949 beschlossenen Ausschuß aus dem Landesverband. Der Einspruch verfiel mit 29 gegen 3 Stimmen der Ablehnung. Damit ist der Ausschuß rechtswirksam und nach Ansicht des Kreisvorstandes der „Fall Altena“ endgültig als geklärt und bereinigt anzusehen.

Da Herr Heinrich Bartsch-Meinerzhagen durch seine Berufung als Pressereferent des Landesverbandes sein Amt als 1. Vorsitzender niederlegen mußte, wählte die Ortsvertreterversammlung Herrn Gerhard Hielscher-Dahlebrück zum 1. Vorsitzenden, die übrigen bisherigen Vorstandsmitglieder wurden in ihren Aufgaben bestätigt. Ferner wurde beschlossen, daß die großen Ortsvereinigungen und die Landsmannschaften durch Beisitzer im Vorstand vertreten sein sollen, und daß Herr Bartsch als Kreispressereferent die ständige Verbindung zum Vorstand des Landesverbandes halten soll.

Herr Hielscher schloß die Versammlung mit Worten des Dankes an seinen Amtsvorgänger für die geleistete Arbeit und forderte die Ortsvertreter auf, ihn in seinem Bestreben zu unterstützen, aus der Kreisvereinigung eine geschlossene Gemeinschaft aller Ostvertriebenen zu schaffen, um endlich zu positiver Arbeit übergehen zu können.

Aus dem Kreisgebiet

Altena

Tragischer Todesfall. Ein Arbeiter aus Nachrodt hatte seine Nachtschicht beendet und befand sich auf dem Heimweg. Er bestieg sein Fahrrad und hatte eben das Fabrikgebäude verlassen, als er von seinem Rade auf die Straße stürzte. Der herbeigerufene Arzt stellte Herzschlag fest. Der Tod war auf der Stelle eingetreten.

Einen eigenartigen Unfall erlitt gestern mittag an der Großen Brücke ein Schulkind, als von der Brücke ein mit Briketts beladener Lastwagen in die Lennestraße einbog und dabei mehrere Briketts verlor, wovon eines dem Kind an den Kopf flog. Mit einer Wunde über dem rechten Auge wurde es von Passanten einem Arzt zugeführt.

Herscheid

Holz! Holz her! Zufolge eines Vertragsabschlusses mit einem Ruhrkohlenbergwerk hat der Holzhändler Hennecke in Hüinghausen für die Dauer von drei Jahren Grubenholz zu liefern. Die Mindestmenge der monatlichen Lieferungen beläuft sich auf dreihundert Festmeter. Das entspricht etwa 15 Waggon fertig geschnittener „Stempel“. Darüber hinaus stehen weitere Verträge in Aussicht, welche das drei- bis vierfache Quantum Grubenholzliefierungen vorsehen. Mit dem Monat Februar sollen die ersten Ladungen versandt werden.

In eigener Sache

Vor einigen Tagen hat sich die „WEST-FALENPOST“, Teil-Ausgabe Lüdenscheid, unter dem Eindruck verfrühter Frühlingssonnenstrahlen mit uns befaßt. Ihre Widmung trug den beschwingenden Titel „Der erste Schmetterling“. Was war geschehen? Wir hatten einen Bericht aus Oberbrügge veröffentlicht. Der gleiche Bericht war auch in der „WP“ erschienen. In dem Glauben, nicht nur das Recht der Erstgeburt, sondern auch das der Ausschließlichkeit für sich in Anspruch nehmen zu müssen, wurde die „WP“ uns gegenüber sehr böse. Unsere Ausführungen seien kein Originalbericht usw. . . .

Sachlich stellen wir hierzu fest, daß wir den allerdings gleichlautenden Bericht auf Anraten unseres gelegentlichen Berichterstatters aus Oberbrügge übernommen haben. Von Stehlen kann keine Rede sein, da unser Gewährsmann auf unsere Rückfrage ausdrücklich erklärte, daß der Bericht auf Veranlassung vieler und im Zusammenwirken mehrerer Einwohner Oberbrügges geschrieben worden sei. Es handelte sich nach unseren Feststellungen förmlich allerdings um das geistige Produkt eines einzelnen, inhaltlich jedoch ist es eine Zusammenfassung der Kritik und Wünsche mehrerer Stellen. Gerade darin haben wir eine Verpflichtung gesehen, den Bericht zu veröffentlichen.

Die Begründung des Angriffs der „WP“ gegen uns ist so dürftig, daß wir keine Notiz davon genommen hätten, um unsere Leser nicht mit solchen Belanglosigkeiten zu belästigen. In Wirklichkeit war dieser „gegebene Anlaß“ ein gesucht „gefundenes Fressen“, gegen uns als Heimatzeitung loszuziehen. Aus solchen Attacken hat bisher immer noch ein schlechtes eigenes Gewissen gesprochen, denn der Begriff „Heimatzeitung“ ist nur für solche Zeitungen unumstritten, die innerhalb ihres Verbreitungsgebietes hergestellt, d. h. redigiert und gedruckt werden. Das kann die „WP“ für sich nicht feststellen, da ihre Ausgabe Lüdenscheid nicht in diesem Gebiet gedruckt wird. Wenn uns „vorgeworfen“ wird, wir druckten auch nicht selbst, sondern in Lüdenscheid, so können sich unsere Leser auf diesem hinkenden Vergleich schnell einen Vers machen, denn Lüdenscheid und Halver sind keine voneinander zu trennenden Heimatgebiete. Bei uns handelt es sich um eine Arbeitsgemeinschaft der Zeitungsverleger im Kreise Altena-Lüdenscheid, in die kleine heimatfremden Faktoren hineinspielen. Es liegt nur im Interesse unserer Leser, wenn wir durch solche Arbeitsgemeinschaft rationeller und schneller sind.

Unsere Leser werden bei etwaigen Vergleichen täglich unschwer feststellen, von welcher Seite sie in kürzesten Zeitspannen und dabei ebenso umfassend wie gründlich unterrichtet werden. Sie können sich dabei gleichzeitig auch erklären, warum wir der „WP“ ein Dorn im Auge sind. Die Verbundenheit unserer Leserschaft mit dem „Allgemeinen Anzeiger“ datiert ja nicht erst seit November vorigen Jahres, sondern seit nunmehr fast einem halben Jahrhundert. Wir sind uns dessen bewußt, daß das stärkere Vertrauen uns zugeneigt ist und bleibt.

Einzelhandel fordert Freigabe von Zucker

Die sofortige Aufhebung der Zuckerbewirtschaftung forderte der Vorsitzende des Wuppertaler Lebensmittelhandels, Leo Geratz, auf einer Kundgebung. Die Freigabe von Zucker werde keinerlei Schwierigkeiten machen, da die angelieferten Zuckerkontingente schon jetzt von der Bevölkerung nicht abgenommen werden. □

Stadttheater Hagen

Samstag, 14. Januar 19—22,15 Uhr, Im weißen Rössl, Revue-Operette.

Sonntag, 15. Januar 15.30—17.30 Uhr, Zum ersten Male „Die Fußball-Wette“, Komödie um einen Wetteinsatz; 19—22 Uhr, Der Wildschütz, Komische Oper von Lortzing.

Montag, 16. Januar 19—22 Uhr, Der Wildschütz.

Dienstag, 17. Januar 19.30—22.30 Uhr, Orpheus in der Unterwelt, Operette von Offenbach.

Mittwoch, 18. Januar 19.30—22 Uhr, Der Doppeladler, Schauspiel von Cocteau.

Donnerstag, 19. Januar 19.30—22.30 Uhr, Orpheus in der Unterwelt.

Samstag, 21. Januar, zum ersten Male „Othello“, 19—22 Uhr, Oper von Giuseppe Verdi.

Sonntag, 22. Januar 15—18 Uhr, Volksvorstellung, Viktoria und ihr Husar, Operette, 19—22,15 Uhr, Im weißen Rössl, Revue-Operette.

Sie hören im NWDR:

Sonnabend, 14. Januar. 5.00 Die erste Stunde 5.45 Nachrichten - 5.50 Musikalischer Morgenruß - 6.45 Nachrichten - 7.10 Lernst Englisch 7.20 Der fröhliche Wecker - 7.45 Nachrichten 8.05 Ich freue mich, daß morgen Sonntag ist 8.45 Nachrichten - 8.55 Ratschläge fürs Haus 9.00 Schulfunk - 10.30 Musik zur Unterhaltung 11.30 Die bunte Platte - 12.00 Musik zur Mittagspause - 12.30 Landfunk - 12.45 Nachrichten - 13.20 Mittagskonzert - 13.50 Suchdienst - 14.00 Altbilder Originale - 14.45 Kleine Stücke - 15.00 Niedersächsische Skizzen - 15.30 Chormusik - 15.45 Der Männerchor im Rundfunk - 16.00 Bunter Nachmittag - 17.00 Gern gehört - 17.30 Tanzmusik - 18.00 Für den Arbeiter - 18.30 Volksmusik - 19.00 Zeitgeschehen - 19.30 Sportvorschau 19.45 Nachrichten - 20.00 Wie's früher war — wie's heute ist - 20.45 60 Minuten in einer Stunde - 21.45 Nachrichten - 22.00 Von Woche zu Woche - 22.15 Sinfoniekonzert - 22.50 Wir spielen zum Tanz - 0.00 Nachrichten - 1.00 Tanzmusik aus aller Welt.

Evangelische Kirche kennt nur einheitliches Deutschland

dp. Köln, 12. Januar.

Bischof Dr. Dibelius erklärte am Mittwoch in Köln, die Evangelische Kirche werde sich mit einer Spaltung Deutschlands niemals abfinden und die durch Deutschland gezogene Grenze nicht anerkennen. Für sie bestehe nur ein einheitliches Deutschland. Die Kirche werde nichts unterlassen, um bei den Menschen im Osten wie im Westen immer das Bewußtsein wach zu halten, daß sie Deutsche sind.

Ausgangsbefristung für NSD-Soldaten

dp. Göppingen, 12. Januar.

Ueber die in Göppingen stationierten amerikanischen Soldaten wurde eine Ausgangsbefristung verhängt, da sich in letzter Zeit zahlreiche Zwischenfälle mit der deutschen Zivilbevölkerung ereignet haben. Der amerikanische Kreiskommissar gab bekannt, daß sich die amerikanischen Soldaten künftig nur noch bis 21 Uhr in der Stadt aufhalten dürfen.

Klara Pförtisch wieder zum Tode verurteilt

dmt. Rastatt, 12. Januar

Das Hohe französische Gericht in Rastatt verurteilte die 44jährige ehemalige Blockälteste des Konzentrationslagers Auschwitz Klara Pförtisch zum dritten Mal zum Tode. Das Gericht machte die Angeklagte für den Tod von mindestens drei Deportierten verantwortlich. Auch sei sie an der Ausrottung schwacher und kranker Häftlinge mitschuldig, da sie diese für die Auswahl als Opfer in der Gaskammer namhaft gemacht habe.

Colombo-Konferenz geht zuende

dmt. Colombo, 12. Januar

Nachdem auf der Außenministerkonferenz der Commonwealth-Länder über eine wirtschaftliche Hilfe für Südostasien als Gegengewicht gegen die Ausdehnung des Kommunismus verhandelt worden ist, hofft man jetzt mit der Erörterung von Europafragen die Arbeiten abschließen zu können. Die Konferenz würde dann am Sonnabend beendet werden.

Regierungswechsel in Ägypten

dp. Kairo, 12. Januar

Die ägyptische Regierung Sifri Paschas ist am Donnerstag zurückgetreten. König Faruk wird voraussichtlich in Kürze den Wafdistenführer N a h a s P a s c h a mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragen. Der überwältigende Wahlsieg der Wafdisten hat in Kairo begeisterte Kundgebungen ausgelöst. Die „Lang lebe Nahas“ und „Lang lebe Faruk“ erschallen in den Straßen und auf den Plätzen. Das neue Kabinett Nahas Pascha ist bereits von den Wafdisten gebilligt worden und braucht jetzt nur noch die Zustimmung König Faruks.

Mit 3,25 Prozent Alkohol im Blut

Von der Theke ans Steuer — Ein unheilvolles Kapitel der Unfallchronik

Kreis Altena. Nicht die Lust zum Moralisieren veranlaßt uns, hier wieder einmal ein Thema aufzugreifen, das gerade in den letzten Tagen eine so traurige Aktualität in unserer engeren Heimat erhalten hat. Wir meinen vielmehr, daß es immer wieder notwendig ist, zu warnen und zu mahnen vor Gefahren, denen nicht scharf und entschieden genug entgegengetreten werden kann. Man braucht auch kein strohtrockener Abstinenzler zu sein, um die erschreckenden Folgen festzustellen, die der Alkohol gerade dann anrichtet, wenn er den Kraftfahrer beeinflusst, der im modernen Straßenverkehr seine Nerven und seine Aufmerksamkeit ganz wach halten muß, um den hohen Anforderungen gerecht zu werden.

Unbefristeter Führerschein-Entzug

Wir haben uns mit dem Straßenverkehramt des Kreises Altena unterhalten, um zu erfahren, welche Disziplin im allgemeinen unsere heimischen Kraftfahrer in dieser Hinsicht zeigen und in welcher Weise gegen solche Verkehrssünder, unabhängig von dem gerichtlichen Verfahren, vorgegangen wird. Dem Verkehrsam wird jeder Kraftfahrer gemeldet, bei dem Trunkenheit am Steuer festgestellt wurde. Ob er einen Verkehrsunfall verursacht oder nicht, gleich auch, ob ein Gerichtsverfahren mit Freispruch endete, erfolgt der zeitlich unbefristete Entzug des Führerscheins, wenn der Tatbestand der Trunkenheit am Steuer aufrechterhalten bleibt. Dabei muß betont werden, daß diese Maßnahme, die keine juristische Bestrafung darstellt, ausschließlich dem Schutz der anderen Verkehrsteilnehmer — vor ungeeigneten Kraftfahrern dient — eine Maßnahme, die auch keinerlei Rücksicht auf die wirtschaftliche oder soziale Stellung des Betroffenen nimmt. So mußte einem durch ein Hüttleiden am Gehen stark behinderten Geschäftsreisenden, der sich mit 2,17 % Alkohol im Blut ans Steuer gesetzt hatte, der Führerschein entzogen werden, obwohl der Entzug die Ausübung seines Berufes in Frage stellt.

Auf den Schienen der Kleinbahn eingeschlafen

Im letzten halben Jahr mußte das Straßenverkehrsamt 12 Kraftfahrer wegen Trunkenheit am Steuer den Führerschein entziehen, in 5 weiteren Fällen ist das Verfahren noch nicht abgeschlossen. Kaum einer dieser Fahrer war sich darüber klar, in welche Gefahr er sich begab, als er sich in solchem Zustand ans Steuer setzte. Ein Gläschen in Ehren, meinen sie, kann ihnen nichts ausmachen. Und sind es mehrere, dann gewinnt man erst den rechten Mumm, die Kurven in elegantem Bogen zu nehmen; und nie ist die Welt einschließlicher der zu Fuß laufenden Verkehrsteilnehmer so ausnehmend freundlich und nett erschienen als in einem solchen feuchtfrohen Zustand. Aber das Unglück schreitet schnell. Lassen wir uns einige Fälle erzählen: Mit 2,9 % Alkohol im Blut kommt in Plettenberg ein Kraftfahrer aus einer Wirtschaft und

Unabhängige fechten Wahlen an

Von unserem innerpolitischen Mitarbeiter

Eine der Überraschungen zum Bundestag waren die 1134000 Stimmen, die für unabhängige Kandidaten abgegeben wurden. In Württemberg waren es 18,1 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Hätte das Wahlgesetz Vorsorge dafür getroffen, daß den überschüssigen für unabhängige abgegebenen Stimmen das gleiche Gewicht zugebilligt worden wäre, wie den auf Parteikandidaten entfallenen, so wären statt drei, vielleicht zwanzig unabhängige Abgeordnete eingezogen. Vermutlich würde diese Zahl erheblich höher liegen, wenn sich nicht zahlreiche Wähler — durch die Bestimmungen der 5-Prozent-Klausel und der Ausschließung unabhängiger Kandidaten von der Landesliste — von der Ausübung ihres Wahlrechtes hätten abhalten lassen oder einem der Parteikandidaten ihre Stimme gaben.

Daß die unabhängigen Kandidaten und die hinter ihnen stehenden Gruppen sich nicht mit dieser Sachlage zufrieden gaben würden, ist verständlich, und der Bundestag wird sich mit den ihm vorliegenden Wahlanfechtungen auseinandersetzen müssen. Eine große Wählergruppe hat von einem deutschen Rechtsgelehrten von Ruf ein Gutachten erstatten lassen, das von der Verletzung der Grundsätze der Gleichheit aller Bürger und der Freiheit des weltanschaulichen Bekenntnisses ausgeht. Das Wahlgesetz mit seinen Beschränkungen für unabhängige Kandidaten verstöße darüber hinaus, wie das Gutachten ausführt, gegen den Artikel 38 des Grundgesetzes, da der hier festgelegte Gleichheitsbegriff freier, gleicher ... Wahl gewählt, ebenfalls verletzt wird, indem es einen erheblichen Teil der Wähler gegenüber einem anderen Teil bei der Wahl benachteiligt und diesem zugleich bevorzugte Privilegien einräume.

„Kein europäischer Zentral-Super-Staat“

Von unserem Mitarbeiter

ewe. Dortmund, 12. Januar

Während einer Reiseunterbrechung kam unser Korrespondent mit dem Amsterdamer Henri Brugmans ins Gespräch, dem Vizepräsidenten der Union europäischer Föderalisten. Da sich der niederländische Gast auf einer Vortragstournee befindet, sind seine Auffassungen zur Frage der Notwendigkeit einer grundsätzlichen und konsequenten Erziehung zum Europäertum von aktuellem Interesse.

Das alles ist keineswegs ein etwa verschwommener Idealismus, es ist durchaus nicht etwa ein intellektuelles Schwärmen, sondern dringende und gegenwärtigste Realität. Der Glaube noch mancher europäischer Nationalstaaten, ihre Probleme seien spezifische Probleme ihrer eigenen Völker, ist längst überholt und ein Faktum der Vergangenheit. Es gibt heute, meint Brugmans, allenfalls nationale Aspekte, diese aber nur unter gesamt-europäischem Blickwinkel.

Es ist gewiß nicht so, als ob die beiden Weltkriege dem Gedanken der europäischen Föderation erst Anstoß gegeben hätten, nein, aber durch sie erst wurde sie zu einer Notwendigkeit, zu einem Erfordernis. Dieses Erfordernis müßte eigentlich schon und allein durch das Beispiel der Vereinigten Staaten, den USA, klar sein. Die Union europäischer Föderalisten, das ist Brugmans unumstößliche und verankerte Ansicht, hat heute konkrete Vorstellungen über die Art und den konstruktiven Gehalt eines föderativen Zusammenschlusses. Es geht nur mit einer europäischen Regierung, die unbestrittene Autorität haben muß, deren Befugnisse an Macht und Legislative indes ganz unmißverständlich und genauest festgelegt sein müssen. Keineswegs dürfte ein zentraler Super-Staat aus ihr werden oder durch sie entstehen. Auch bei der Föderation muß das Schwergewicht bei der dezentralisierten Macht verbleiben.

Die Daseinsberechtigung von Flüchtlingsparteien ist ein heißes innenpolitisches Eisen, das bisher von der Besatzungsmacht in abkühlender Entfernung gehalten wurde. Andererseits ist die zutagegetretene Methode, mit der man das Entstehen solcher Parteien zu verhindern suchte, durchaus anfechtbar.

Mit den Wahlanfechtungen wird sich schließlich das noch zu bildende Bundesverfassungsgericht zu beschäftigen haben. Ihm obliegt aber nur eine Entscheidung darüber, ob das Grundgesetz durch den § 18, Absatz 3 des Wahlgesetzes verletzt wurde.

Die ungarische Regierung forderte laut „Svenska Dagbladet“ kurz vor Weihnachten alle in ungarischen Krankenhäusern tätigen Nonnen auf, ihre Ordenstracht abzulegen, wenn sie weiter in der Krankenpflege arbeiten wollen. Während der Weihnachtsfeiertage haben darauf die katholischen Schwestern sich aus 15 großen ungarischen Krankenhäusern zurückgezogen.

Ueber viertausend wilde Gänse und Enten wurden an der Küste des Kattegats in Nordjütland an Land getrieben, da ihre Flügel mit Öl verschmiert und die Tiere bewegungsunfähig waren. Man nimmt an, daß ein Dampfer im Kattegat seine Öltanks gereinigt hat und die Vögel in das ölige Wasser geraten sind.

Bekanntmachung

Statistische Erfassung des Personenkreises nach Art. 131 des Grundgesetzes.

Auf Anordnung des Bundesinnenministeriums wird im Einvernehmen mit dem Bundesflüchtlings- und Finanzministerium eine statistische Erhebung des von Art. 131 des Grundgesetzes betroffenen Personenkreises durchgeführt. Erfasst werden verdrängte und entlassene Beamte, Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes und der Wehrmacht usw. Genauere Anweisungen über den zu erfassenden Personenkreis enthalten die Aushänge im Amtshaus und in der Verwaltungsgeschäftsstelle in Schalksmühle. Die Erhebungsvordrucke werden für die Gemeinde Halver im Amtshaus, Zimmer Nr. 6, für die Gemeinde Schalksmühle in der Verwaltungsgeschäftsstelle während der üblichen Dienststunden in der Zeit bis zum 22. Januar d. Js. ausgegeben und auf Wunsch ausgefüllt.

Halver, den 12. Januar 1950.

Der Amtsdirektor.

Statistische Erfassung des Personenkreises nach Artikel 131 des Grundgesetzes

Das Bundesministerium hat im Einvernehmen mit dem Bundesführung einer Statistik des von Artikel 131 des Grundgesetzes betroffenen Personenkreises angeordnet. Die Erhebung wird mittels Zählkarten durchgeführt. Erfasst werden: verdrängte und entlassene Beamte, Angestellte und Arbeiter, sowie versorgungsberechtigte ehemalige Wehrmachtangehörige usw.

Genauere Anweisungen über den zu erfassenden Personenkreis sind bereits durch Rundfunk und Presse veröffentlicht. Zählkarten werden an folgenden Tagen ausgegeben:

Gemeinde Kierspe:

Montag, 16. 1. 1950, von 14,30 bis 17,30 Uhr im Amtshaus, Zimmer Nr. 1.

Gemeinde Rönsahl:

Montag, 16. 1. 1950, von 15,30 bis 17,30 Uhr im Gasthof Sure.

Die in Frage kommenden Personen werden gebeten, obige Ausgabetermine genau zu beachten.

Kierspe, 11. Januar 1950.

Die Amtsverwaltung: gez. Tyszk, Amtsdirektor.

Perfekte

Buchhalterin

sucht Stellung, evtl. für halbe Tage.
Angebote unter Nr. 169 an Allgemeiner Anzeiger.

Eintüriger, gebrauchter

Kleiderschrank

zu kaufen gesucht.
Angebote unt. Nr. 167 an Allgemeiner Anzeiger.

Kirchliche Nachrichten

Evangelische Kirchengemeinde Halver. Sonntag, 15. Januar 1950 (2. n. Epiphanias) 10 Uhr Gottesdienst, Pastor Thunig, Oberbrügge; 11 Uhr Kindergottesdienst. Dienstag, 15,30 Uhr Frauenhilfe. Mittwoch, 20,15 Uhr Kirchenchor. Donnerstag, 20 Uhr Posaunenchor.

Carthausen. Sonntag, 9,30 Uhr Gottesdienst, Prediger Bohl.

Oberbrügge. Sonntag, 9,30 Uhr Gottesdienst in der Schule zu Oberbrügge, Pastor Stommel. Dienstag, 19,30 Uhr Jungmädchenkreis. Donnerstag, 20 Uhr Bibelstunde in der Schule zu Oberbrügge.

Evangelisches Vereinshaus Halver. Sonntag, den 15. 1. 1950, 9,15—9,45 Uhr Gebetsstunde; 16,30 Uhr Bibelstunde. Montag, 20,15 Uhr Gemischter Chor. Dienstag, 20 Uhr CVJM-Jungmännerstunde, Bibelarbeit über Joh. 5, 17—23. Mittwoch, Jungmädchenkreis. Donnerstag, 20,15 Uhr Gitarrenchor. Freitag, 20,15 Uhr Männerchor. Samstag, 15,30 Uhr CVJM-Jungschär (10 bis 14 J.); 20 Uhr CVJM-Jungenschaft (14—18 Jahre).

Freie evangelische Gemeinde Halver. Sonntag, 15. 1. 1950, 9,30 Uhr Erbauungsstunde; 11 Uhr Sonntagsschule; 20 Uhr Bibl. Vortrag. Dienstag, 20 Uhr Gem. Chor. Mittwoch, 15,30 Uhr Frauenstunde; 20 Uhr Gem. Jugendstunde. Donnerstag, 15 Uhr Unterricht; 20 Uhr Gebetsstunde. Freitag, 20 Uhr Männerchor. Samstag, 15,30 Uhr Jungscharen; 20 Uhr Bibelstunde Schmidtsiepen.

Katholische Christ-Königs-Gemeinde Halver. Sonntag, 15. Januar 1950 — 2. Sonntag nach Erscheinung. 7 Uhr Frühmesse mit gem. hl. Kommunion der Pfarrjugend; 9 Uhr Kindermesse; 10,15 Uhr Hochamt; 17 Uhr Andacht mit sakramentalem Segen. Montag, 7,15 Uhr hl. Messe; 8 Uhr Gemeinschaftsmesse der Frauen und Mütter. Dienstag, 8 Uhr Schulmesse. Mittwoch, 6 Uhr Pfarrjugendmesse; 7,15 Uhr hl. Messe. Donnerstag, 7,15 Uhr hl. Messe; 8 Uhr hl. Messe. Freitag, 8 Uhr Schulmesse. Samstag, 7,15 Uhr 8 Uhr hl. Messe.

Ehringhausen. Sonntag, 15. Januar 1950 — 2. Sonntag nach Erscheinung. 8 Uhr Frühmesse; 10 Uhr Hochamt. Dienstag und Freitag, 8 Uhr Schulmesse.

Evangelische Kirchengemeinde Schalksmühle. Schalksmühle. Sonntag, den 15. 1. 1950. 9,30 Uhr Gottesdienst, P. Gr.-Oetringhaus; 10,45 Uhr Kindergottesdienst; 20 Uhr Bibl. Vortrag, Missionsprediger Bohl. Dienstag, 20 Uhr Jungmütterkreis im Pfarrhaus. Mittwoch, 15 Uhr Nahstunde im Pfarrhaus; 20 Uhr Bibelstunde, Missionsprediger Bohl.

Dahlebrück. Sonntag, den 15. 1. 1950. 9,30 Uhr Gottesdienst, Pfr. Trenner; 10,45 Uhr Kindergottesdienst. Donnerstag, 20 Uhr Bibelstunde in der Waldkirche.

Wetterbericht

Anhaltend mild

Ein über England liegendes Hochdruckgebiet verlagert sich nach Osten. Vorhersage: Geringe Bewölkung, in den Frühstunden vielfach neblig, schwachwindig, mild.

Verlag: Wilh. Bell jr., Halver, Kirchstraße 5, Fernruf Halver 442. Hauptschriftleitung: Dr. Düsenberg. Lokale Schriftleitung: Werner Bell. Halver. Erscheint werktäglich. Postverlagsort: Halver i. W.

Lichtspiele Karlshöhe

Samstag 20 Uhr
Sonntag 17 und 20 Uhr
Montag 20 Uhr

Der Würger

nach dem weltberühmten
Roman von Edgar Wallace
The Dark Eyes of London

Ein Kriminalfilm der höchsten
Anerkennung fand.

Beiprogramm und
Wochenschau



Zu verkaufen
**Warmblut-
Pferd**

Wallach, braun (Stern), 3 Jahre
1,72 Bandmaß, fromm.

Herm. Dikhagen, Landwirt,
Dröschede bei Iserlohn.
Telefon 4032.

**Der große
Continental-
Atlas
für Kraftfahrer
DM 8.-
Wilh. Bell jr.
Halver.**